Friedrichshain – mehr als ein Bezirk?

Dirk Moldt

Historisch-topografische Einordnung

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Bitte überprüfen Sie, ob wir dasselbe Friedrichshain meinen. Es sind derer fünf. Neben dem in Berlin, von dem hier die Rede ist, gibt es noch je eins in Pommern, Niederschlesien, Brandenburg und Böhmen. Wir sind nicht allein! Wo ist der Berliner Friedrichshain? Genau genommen gibt es ihn gar nicht mehr, seit er 2001 in der Berliner Bezirksreform mit seinem südlichen Nachbarbezirk zu Friedrichshain-Kreuzberg fusioniert worden ist. Seine historische Entwicklung und geografische Eingrenzung ist gar nicht so einfach zu beschreiben. Der Name Friedrichshain bezeichnete zunächst die erste öffentliche Grünanlage Berlins vor dem Landsberger Tor. Am 30. Mai 1840, auf den Tag genau hundert Jahre nach der Thronbesteigung des Preußenkönigs Friedrich II., beschlossen die Berliner Stadtverordneten, einen Park anzulegen, der den Namen des Souverän erhalten sollte (Du Bois 2012, S. 20). Da wohnten etwa 10 000 Menschen auf dem Gebiet des heutigen Ortsteils – über 326 000 waren es, als er 1920 ein Bezirk Groß-Berlins wurde und seinen Namen verliehen bekam.

Bezogen auf seine geografische Lage hat der Stadtteil Friedrichshain nichts Besonderes zu bieten, so möchte man glauben. Gelegen zwischen drei Bezirken, in deren Namen das Wort *Berg* vorkommt, scheint er in einem ausgedehnten Talgebiet zu liegen. Doch gefehlt! Nördlich der Frankfurter Allee beginnt nach Norden und Osten hin ein Höhenzug anzusteigen. Radfahrer bemerken ihn, wenn sie die Warschauer Straße in Richtung Bersarinplatz hinauf radeln. Der Niederbarnim, wie dieser Höhenzug heißt, schwingt sich außerhalb der Berliner Grenzen zum Hohenbarnim auf und erreicht bei Bad Freienwalde an der Oder stolze 167 Höhenmeter. Gleich zwei Straßen im Bezirk erinnern an ihn, die Barnim- und die Niederbarnimstraße. Barnim heißt das Plateau, das sich nordöstlich der Spree gegenüber dem Teltow bis nach Eberswalde hinzieht. Südwestlich dieses Höhenzugs, etwa von der heutigen Frankfurter Allee an, liegt Friedrichshain im Urstromtal und fällt sanft zur Spree ab. Bis zur Bebauung in der Gründerzeit war das mit Feldern und Gärten bebaute Gelände zum Teil sumpfiges Gebiet, durch das bis ins frühe Mittelalter hinein auch die Spree mäanderte. Im Park Friedrichshain aber ragen zwei aus Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs errichtete Bunkerberge in die Höhe, von denen der größere mit seinen 78 Metern Höhe *Mont Klamott* genannt wird.

Ein großes Straßenkreuz teilt den Bezirk in vier Teile: Am Frankfurter Tor kreuzen sich die von Westen kommende Karl-Marx-Allee, die von hier nach Osten als Frankfurter Allee weitergeführt wird, und die von Norden kommende Petersburger Straße, die südlich der Kreu-

zung Warschauer Straße heißt. Erst in den letzten Jahren sind die Begriffe „Nord- und Südkiez“ aufgekommen, sie werden aber nur für die Quartiere östlich der Warschauer Straße verwendet. Abb. 0: Karte von 1770

Vorgängersiedlungen

Auf dem Territorium des Bezirks lassen sich bis in die Neuzeit kaum Vorgänger- oder Ursprungssiedlungen nachweisen. 1826 fand man bei Ausschachtungen für eine Ziegelei am Schleidenplatz ein Urnenfeld aus der Zeit der letzten Jahrhunderte vor Christus. Rätselhaft ist dabei der Fund einer kleinen, 14,5 Zentimeter hohen bronzenen römischen Götterfigur, eines *Jupiters Dolichenus*, dessen Kult vor allem römische Soldaten fronten. Sie stammt jedoch aus dem 3. Jahrhundert nach Christus. Der Schleidenplatz lag damals nur ein paar Dutzend Meter vom Dorf Lichtenberg entfernt. Wohl deshalb wird diese Figur, die sich in der Antikensammlung des Alten Museums befindet, bis heute als „bei Lichtenberg gefunden“ klassifiziert (Staatliche Museen zu Berlin, Altes Museum, Antikensammlung Inv. Nr. Fr 2129a). Ist Jupiter Dolichenus der älteste Friedrichshainer? Obwohl die Fachliteratur ein deutliches Urteil fällt, gibt sich Lichtenberg nicht geschlagen, weist eine andere, durchaus mögliche Fundstelle auf eigenem Gebiet nach und reklamiert damit den Fundort der Figur für sich (Schulz, Eckert 1987, S. 85; Museum Lichtenberg ... 2013, S. 26f.).

Andere archäologische Funde sind verstreut und nicht genau lokalisiert. Zwischen Boxhagener Straße und Ostkreuz wurde 1850 auf dem Vorwerk Boxhagen bei Erdarbeiten ein weiteres Gräberfeld gefunden: „zahlreiche Scherben, die fortwährend beim tieferen Graben ausgeworfen wurden.“ In der Landsberger Allee fand man drei Feuersteinklingen und eine Scherbe. Auch hier ist der genaue Fundort nicht überliefert, ebenso wenig der des mittelalterlichen Eisenbeils, das 1875 im Spreebett zwischen Schilling- und Oberbaumbrücke gefunden wurde. Archäologische Sorgfalt war in der Gründerzeit offenbar ein Fremdwort. Dafür kennt man den genauen Fundort eines neusteinzeitlichen Steinbeils: Jungstraße 11, ein Kohlenplatz. Irgendjemand, so fand man nach dem Fund 1924 schnell heraus, hatte es erst kurz zuvor hierher gebracht. Doch wer war es und von wo stammt der Fund?

Das Dorf Alt-Stralau auf der abgelegenen Spree-Halbinsel ist der einzige seit dem Mittelalter kontinuierlich bewohnte Ort in Friedrichshain. Spätere Siedlungen waren das erstmalig Ende des 14. Jahrhunderts erwähnte Gut Boxhagen am heutigen Wismarplatz, eine 1771 nördlich davon gegründete Colonie Boxhagen und die zu gleicher Zeit eingerichtete Colonie Friedrichsberg, die bis zur heutigen Lichtenberger Schulze-Boysen-Straße reichte (Abramowski 2000, S. 23-27). Allerdings wurden Boxhagen und ein Teil Friedrichsbergs bei der Gründung Friedrichshains im Jahre 1920 zunächst dem ebenfalls neu gegründeten Bezirk Lichtenberg zugeschlagen. Das war ein verhältnismäßig großes Geviert mit den Außengrenzen Simplon-

straße, Niederbarnimstraße, Frankfurter Allee und Ringbahn. Erst 1938 gelangte dieses Gelände zum Bezirk Friedrichshain, der damals den Namen von Horst Wessel trug.
Besiedelt wurde das Gebiet des heutigen Friedrichshain vor allem von Westen und Nordwesten her. In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts war die Berliner Königsstadt bis zum Bernauer bzw. Königstor vorgedrungen, etwa dorthin, wo heute die Friedenstraße mit der Greifswalder zusammenstößt. Das Stralauer Viertel reichte bis zum damaligen Frankfurter Tor an der Straße der Pariser Kommune und an der Spree bis zum Oberbaum. An den Grenzen dieser Stadtteile, mitten durch das heutige Friedrichshain, verlief über hundert Jahre lang die sogenannte Akzisemauer, an deren Toren Zoll erhoben wurde. Im heutigen Friedrichshain waren es vier: das schon genannte Königstor, das Landsberger Tor, das sich zuerst an der Mollstraße / Ecke Büschingstraße befand und später an die Stelle vorgerückt wurde, wo die Friedenstraße die Landsberger Allee kreuzt, dann das Frankfurter Tor an der Straße der Pariser Kommune und schließlich das Köpenicker oder Mühlentor an der Stelle der heutigen Oberbaumbrücke (Zschocke 2007). Erst zwischen 1866 und 1868 fiel diese Mauer. Die Tore wurden zu Verkehrshindernissen und verschwanden in den Folgejahren, indem sie den Berlinern als Baumaterial dienten. Nur die Namen blieben. Aus der „Communication am Landsberger Thor“ wurde die Friedenstraße. Die Palisadenstraße erinnert an den einstmaligen Palisadenzaun. Doch auch Namen können versetzt werden, wie im Falle des Frankfurter Tors, das sich zuerst am Strausberger Platz, dann an der Stelle befand, wo die Straße der Pariser Kommune die Karl-Marx-Allee kreuzt und sich seit 1957 an der Kreuzung Frankfurter Allee / Warschauer Straße befindet.
Erst mit dem Groß-Berlin-Gesetz vom 27. April 1920 wurde der Bezirk am 1. Oktober 1920 offiziell gegründet. Friedrichshain war von Beginn an ein Mittelstück und zwar nicht nur als territoriale Verwaltungseinheit zwischen dem historischen Stadtzentrum, das fortan Mitte genannt wurde, und den gleichzeitig gegründeten Bezirken Lichtenberg, Prenzlauer Berg und Kreuzberg. Auch in der Topografie der Berliner Baugeschichte nimmt der Bezirk eine mittlere Position ein. Nach den Plänen des Stadtbaurats James Hobrecht wurde um die Wende zum 20. Jahrhundert östlich um die Stadt herum ein steinerner Dreiviertelring aus gründerzeitlichen Wohn-, Geschäfts- und Arbeitsquartieren errichtet, der von den Bezirken Wedding und Prenzlauer Berg über Friedrichshain bis nach Kreuzberg und Neukölln reicht.

Projektionen, Modellhaftes, Zuschreibungen

Schon der Name Friedrichshain ist Schönmalerei! Der Brauch, neue Orte mit schön klingenden Namen zu bezeichnen, ist uralt. Bezogen auf das Elend rund um den Schlesischen Bahnhof (jetzt Ostbahnhof) war die Benennung „Hain“ nahezu zynisch. Diese Gegend, die zeitweilig auch nach dem Postbezirk O 17 benannt wurde, galt als Anlaufpunkt für Gestrandete, Glücksritter, Gelegenheitsarbeiter, Krämer, Prostituierte und Kriminelle. Der Bahnhof

war die Kanüle, durch die der Berliner Osten mit all den Hoffnungen, Ideen, Ängsten, Vorstellungen, Gewohnheiten, Freundlichkeiten, Bosheiten oder auch Gleichgültigkeiten der Menschen injiziert wurde, die hier ankamen. Er war Ausgangspunkt der nie zu Ende gebauten Bagdad-Bahn, Zwischenstation nach Amerika, Endpunkt vieler Hoffnungen. Wilhelm Voigt, der legendäre Hauptmann von Köpenick, war in diesem Viertel zu Hause. Hier wuchs der 2011 verstorbene Schriftsteller Claus Küchenmeister auf, der es so auf den Punkt brachte: „Ich komme aus O 17, wo die Miete mit dem Revolver kassiert wird."
Dass es baulich besser gemacht werden konnte als in der Friedrichshain-typischen „Mietskasernenlandschaft" bewies die Errichtung des Messelhofs in der Proskauer Straße im Jahr 1897. Der Architekt Alfred Messel hatte im selben Jahr mit dem Kaufhaus Wertheim am Leipziger Platz, einem damals ganz neuen Kaufhaustyp, Furore gemacht. Sein Wohngebäude in Friedrichshain erhielt wegen der einfachen, aber hellen Wohnungen für Arbeiter und dem großzügigen Innenhof 1900 bei der Pariser Weltausstellung eine Goldmedaille. Das hinderte die Verantwortlichen der Stadt jedoch nicht daran, die Grundstücke des Samariterviertels weiter so zu parzellieren, dass am Ende wieder nur Mietskasernen hinein passten.
Ein anderer Versuch neuen Bauens war mit dem Helenenhof in der Sonntagstraße unternommen worden. Dieser 1906 fertiggestellte Komplex für den Beamten-Wohnungsverein zielte auf eine andere Klientel ab als auf Proletarier, setzte aber dennoch gleiche Wohnprinzipien um wie der Messelhof: Licht, Luft, Sonne – große Fenster, Innentoiletten, Balkons, großer Innenhof. Namenspatronin war Helene von Budde, die Frau des preußischen Ministers für öffentliche Arbeiten, Hermann von Budde. Sie war bei der Grundsteinlegung persönlich zugegen.

Proletarische Milieus

Arbeiterbezirk – eine oft gewählte Zuschreibung. In der Tat war der Bezirk bis Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts proletarisch geprägt. Dieses Gesicht verlor der Bezirk erst in der Nachwendezeit in den 1990er Jahren vollständig analog zur Abwicklung der Industriebetriebe Glaswerk Stralau, Glühlampenwerk *NARVA* und der Vergaser- und Filterfabrik in der Frankfurter Allee.
Doch das Proletariat hat hier Geschichte geschrieben. Während der Revolution von 1848 standen am alten Frankfurter Tor bei der Straße der Pariser Kommune und am Strausberger Platz vor allem Arbeiter und Handwerker hinter den Barrikaden. Die Berliner Gefallenen der Revolution fanden auf dem *Friedhof der Märzgefallenen* im Friedrichshainer Volkspark ihre letzte Ruhe. Fast jedes Jahr gab es dort am 18. März geradezu rituell ausgetragene Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und preußischer Polizei um die Inschriften der Kränze.

Erfasste die 1848er Revolution sämtliche Bevölkerungsschichten, so wurde der Aufruhr vom 25. Juli 1872, die sogenannten *Blumenstraßenkrawalle*, nur von den ärmeren Einwohnern des Ostens getragen. Berlin prosperierte. Wegen des ständigen Zuzugs waren seit 1871 die Berliner Mieten sprunghaft angestiegen, gerade auch in den ärmeren Vierteln. Vor den Toren der Stadt entstanden provisorische Siedlungen aus Bretterbuden auf städtischen Stapelplätzen, die *Barackia* genannt wurden. Die meisten von ihnen entsprachen nicht der Bauordnung. Als ein verarmter Schuster wegen säumiger Mietzahlungen aus seiner Wohnung in der Blumenstraße geworfen werden sollte, erhob sich handfester Protest gegen die Gerichtsvollzieher. Drei Tage dauerten die Unruhen um den Strausberger Platz. Insgesamt wurden 33 Personen festgenommen und verurteilt. Von Ende August 1872 an wurden die Slums von der Feuerwehr abgeräumt und ihre Bewohner auf Armenhäuser verteilt (Wernicke 1997, S. 101-105). Berlins Bürgermeister Artur Hobrecht zeigte sich vom Elend betroffen, vermochte aber nichts gegen den Abriss zu unternehmen. Gesetz war Gesetz, besonders in Preußen! Artur war der Bruder des Stadtbaurats James Hobrecht, auf dessen Plan hin später die Berliner Umgebung und damit auch fast die gesamte Fläche Friedrichshains von einem Häusermeer aus Mietskasernen überflutet wurde (vgl. Ribbe 1987).

Friedrichshain versteinert

Und doch lösten die vielen hunderttausend nagelneuen Wohnungen nicht die Wohnungsprobleme. Sie reichten nicht aus, so unglaublich war der Sog, den die Stadt auf die Menschen selbst des ferneren Umlands (Schlesien, Posen, Ostpreußen) ausübte. Wer Arbeit in einer der zahlreichen neuen Fabriken oder Werkstätten fand, wurde entlohnt und konnte dann machen, was er wollte – eine bis dahin unbekannte Freiheit! Kein Gutsherr verlangte hier Fron, kein Dorfpfarrer nötigte zum sittsamen Leben und keine altväterliche Tyrannei zwang daheim zum Gehorsam. Man konnte sein Geld beliebig ausgeben – wenn man welches besaß. Karl Marx hat den Begriff des doppelt freien Lohnarbeiters eingeführt: persönlich frei und frei von Produktionsmitteln, was bedeutete, dass die eigene Arbeitskraft wie eine Ware verkauft werden musste. Um 1900 waren zwei Drittel der etwa 1,7 Millionen Berliner Zugezogene. Mehr als hunderttausend davon verschlug es nach Friedrichshain. Dabei war es leichter anzukommen als unterzukommen. Der Traum der Protagonisten des Neuen Bauens: *Jedem Erwachsenen sein Zimmer!* war weit entfernte Utopie. 1900 lebten ganze 726 723 Berliner in 197 349 Wohnungen, die nur aus einem Zimmer und Küche bestanden. Trauriger Spitzenwert waren 27 792 Wohnungen mit höchstens einem beheizbaren Zimmer, in dem sechs und mehr Personen lebten. Hinzu kam, dass die Ärmsten aus Geldnot ihre Betten als Schlafplätze stundenweise an Schlafburschen vermieteten, die sich keine Wohnung und kein Zimmer leisten konnten. 381 118 gab es davon in Berlin. Hygiene, Privatsphäre und ungestörte Sexualität waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar, außerehelich ge-

zeugte Kinder sehr häufig (Häußermann, Siebel 1996, S. 66f.). „Man kann einen Menschen mit einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt“, sagte der Grafiker, Zeichner und Fotograf Heinrich Zille, der wie kein anderer die Armutsverhältnisse in Berlin festgehalten hat. Mit seinen Eltern hatte er für ein paar Jahre in einer Kellerwohnung in der Andreasstraße leben müssen.

Auch die Arbeitswelt unterschied sich von der heutigen. Nur noch ältere Berliner erinnern sich an den Anblick ausgedehnter und haushoher Werkhallen, in denen mitunter hunderte Menschen in ölverschmierten Blaumännern emsig an lärmenden Maschinen ihre Arbeit verrichteten. Riesenkräne, die Hallen in ihrer ganzen Breite einnahmen, trugen tonnenschwere Werkgüter über ihre Köpfe hinweg – auch diese mussten mit einer Präzision von hundertstel Millimetern bearbeitet werden. Breite Straßen durchzogen die Hallen, auf denen sich der Transport der Werkstücke abspielte. Jede Halle hatte ihren eigenen Geruch und ihre eigene Geräuschkulisse. Unter den Arbeitern kannte man sich, denn man war sowohl bei der Arbeit als auch beim Einstehen für bessere Arbeitsbedingungen aufeinander angewiesen. Das Arbeiterleben war einst ein Massenphänomen, das nicht erklärt werden brauchte. Inzwischen ist es verschwunden.

In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde noch bis zu 16 Stunden gearbeitet, ab 1909 waren nur noch neuneinhalb Stunden täglich gestattet. Die Fabrikordnung der Eisenbahnbremsen-Fabrik „Knorr-Bremse“, die in der Neuen Bahnhofstraße ihre erste Dependenz hatte, legte 1905 die Arbeitszeit von 7 Uhr bis 17 Uhr fest.

Die Pausen dauerten von 8.45 bis 9 Uhr und von 12 bis 12.45 Uhr (Mühlberg u.a. 1985, S. 36-45 u. 50).

Viele Arbeiter unterschätzten damals die Gefährlichkeit der neuen Maschinen, weshalb es zu zahlreichen Unfällen kam. Auf Arbeitsschutz wurde wenig Wert gelegt, auch das Bewusstsein dafür setzte sich erst allmählich durch. Nur durch ein zähes, unnachgiebiges Ringen, nicht nur im Arbeitskampf, sondern auch durch Aufklärung, gelang es Gewerkschaften, Arbeitervereinen und -parteien, die Arbeitssituation zu verbessern und höhere Löhne durchzusetzen. Manchmal hat man das Gefühl, als wären seitdem nicht hundert Jahre vergangen: Die Argumente derjenigen, die sich heutzutage gegen Mindestlöhne aussprechen, gleichen denen, die damals niedrige Löhnen rechtfertigen sollten, mitunter aufs Wort.

Auf dem Boden Friedrichshains wurde Technikgeschichte geschrieben: Die erste deutsche Dampfmaschine wurde 1815 in der Maschinenbauanstalt von Georg Christian Freund in der Krautgasse gebaut. Mit dem ersten Spatenstich am 10. September 1896 begann am Hochbahnhof Stralauer Tor der Berliner U-Bahnbau. Eingeweiht wurde die Linie 1 zum Potsdamer Platz am 18. Februar 1902. Da fuhr bereits eine andere Tunnelbahn auf dem Gebiet des heutigen Bezirks: Seit dem 18. Dezember 1899 unterquerte die Straßenbahn vom Schlesischen Bahnhof kommend von der Halbinsel Stralau aus in einem 454 Meter langen Tunnel

die Spree nach Treptow. Der Tunnel war nur 30 Jahre lang in Betrieb und ist inzwischen geflutet. Das erste deutsche Fernsprechamt öffnete am 12. November 1877 in der Boxhagener Straße 111. Dort stand auch ein Rundfunksender, der am 13. Januar 1929 den Betrieb aufnahm, weil die Sendeleistung des 1926 eröffneten Funkturms nicht ausreichte.

Freizeitvergnügen

Es gab in Friedrichshain nicht nur Spelunken, Animierkneipen und billige Varietés, sondern auch zahlreiche Etablissements für den gehobeneren und anspruchsvollen Geschmack, und sie wurden nicht nur von den bürgerlichen Einwohnern in Anspruch genommen.
Neben städtischen und konfessionellen Kultur- und Bildungsvereinen, die Bibliotheken und Freizeiträume unterhielten, gab es auch private Initiativen, wie die von Friedrich Siegmund-Schulze, der 1911 in der Friedenstraße eine Soziale Arbeitsgemeinschaft (SAG) gründete und mit ihr später in die Fruchtstraße zog. Durch Lesehallen, Kaffeestuben, Klubs und anderen Einrichtungen war er bemüht, unter Arbeitern das Interesse für ein „gesittetes“ abstinentes Freizeitverhalten zu wecken (Hochmuth, Niedbalski 2011, S. 105f.). Dazu ließ er auch noch heute sehr aufschlussreiche Untersuchungen über das Vergnügen der Menschen in diesem Kiez durchführen. In der etwa einen Kilometer langen Fruchtstraße (heute Straße der Pariser Kommune) gab es 32 Lokale mit unterschiedlichen Preisklassen, die Alkohol ausschenkten. Statistisch gesehen wurden sie von 70% Männern, 18% Frauen und 12% Minderjährigen besucht. Über 55% kamen aus Arbeiterhaushalten, 27% waren Beamte und Angestellte und 15% selbständig. Im Sommer 1912 führte die Untersuchung bereits 16 Kinos im Einzugsbereich der Großen Frankfurter Straße (heute Karl-Marx-Allee) und der Frankfurter Allee auf, darunter kleine, die keine dreißig Gäste aufnehmen konnten, bis zu riesigen mit 1 400 Plätzen. Die billigsten Eintrittspreise lagen bei 60 Pfennig, an „Aktionstagen“ sogar bei 30 Pfennig.
In Anbetracht der Tatsache, dass einem großstädtischen Arbeiterhaushalt 1926/27 im Monat nur 5,68 Mark für Information, Kultur und Bildung und Geselligkeit zur Verfügung standen, war auch dieser Preis nicht gering. In der Blumenstraße gab es das Wallner-Theater, das zuerst volkstümliche Stücke, später aber auch ernste und gesellschaftskritische Stücke auf die Bühne brachte. Das Rose-Theater in der Großen Frankfurter Straße bestach mit einem breiten Angebot von Operetten bis zu Klassikern wie Goethes Faust. Die Entrittspreise variierten hier von 60 Pfennig im Abonnement bis zu 3,50 Mark. Die Plaza am Küstriner Platz mit ihren 3 000 Sitzplätzen lockte mit Eintrittspreisen zwischen 50 Pfennig und einer Reichsmark. Täglich gab es zwei bis drei Vorstellungen. Es gab ein hauseigenes Ballett. Alle 14 Tage wechselte das Programm (Hochmuth, Niedbalski 2011, S. 105-136).

Die Revolution 1918/19

Immer drängten gerade die Menschen aus den unteren und mittleren sozialen Schichten auf radikale Änderungen zur Verbesserung ihrer Lebensumstände, auf politischen Einfluss und die Respektierung ihrer Rechte. Als am Ende des Ersten Weltkriegs die soziale Lage extrem schwierig war, Hunger und Verbitterung herrschten und der künstliche Kitt des Nationalismus abgebröckelt war, kam es zur Revolution. 33 Opfer der Kämpfe von November und Dezember 1918 liegen ebenfalls auf dem Friedhof der Märzgefallenen am Friedrichshain. Für die Gestaltung des nachrevolutionären Deutschlands standen sich in der Arbeiterbewegung zwei Konzepte unversöhnlich gegenüber: friedliches Hineinwachsen in eine sozialistische Gesellschaft durch ein parlamentarisch geregeltes Auskommen aller Gesellschaftsschichten bei forcierter Volkswohlfahrt oder Umsturz der Verhältnisse zugunsten einer Räterepublik durch Enteignung von Fabriken, Banken und Landbesitz. Die entscheidenden Kämpfe zwischen den an die Macht gekommenen gemäßigten Sozialdemokraten auf der einen und Spartakisten (ab Januar 1919 meist in der neugegründeten KPD organisiert) sowie Unabhängigen Sozialdemokraten auf der anderen Seite wurden im Januar und März 1919 erbittert ausgetragen. Vertreter der alten Eliten traten den Regierenden in Freiwilligencorps zur Seite und gingen mit Brachialgewalt gegen die radikalen Revolutionäre vor. Dabei wurden ihre wichtigsten Führungsfiguren, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet. Rosa Luxemburg war 1915-16 politischer Häftling des Berliner Frauengefängnisses in der Friedrichshainer Barnimstraße, das 1974 abgerissen wurde. Weil sich die revolutionären Truppen nicht entwaffnen lassen wollten, kam es zu den berüchtigten Märzkämpfen 1919, die vor allem in Lichtenberg ausgetragen wurden. Doch gab es auch schwere Gefechte in Friedrichshain. Regierungstruppen und Freicorps erhielten vom frischgebackenen Reichswehrminister Gustav Noske den Befehl, jeden Bewaffneten, der gegen die Regierungstruppen kämpfte, zu erschießen. Entsprechend hoch war die Zahl der Opfer, etwa 1 200 Menschen. Viele wurden erst nach ihrer Gefangennahme getötet. Tagelang patrouillierten Freicorpsverbände durch die Straßen Friedrichshains und töteten Verdächtige nach Gutdünken auf der Stelle oder später in Gefangenschaft. Einige wurden danach von ihren Mördern ausgeraubt. Die juristische Aufarbeitung dieser Morde wurde meist verschleppt (Gumbel 1922, S. 15-17 u. 19-26). Im Berliner Osten wurde der Traum von einer proletarischen Rätedemokratie blutig zerschlagen. Seither stehen sich deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten unversöhnlich gegenüber. Die in den Märzkämpfen zerstörten Gebäude in den Arbeiterquartieren, beispielsweise in der Blumen-, Frucht-, Langen-, Palisaden- und Tilsiter Straße sowie am Strausberger Platz wurden zu Postkartenmotiven.

Die Friedrichshainer wählten links. Während sich die Stimmen für Sozialdemokraten und Kommunisten in der Anfangszeit der Weimarer Republik noch die Waage hielten, wurde ab 1928 bis zu den letzten Wahlen im März 1933 stets die KPD bei den Reichstagswahlen stärkste Partei, im November 1932 mit 43,3% der Stimmen (SPD 23,9%, NSDAP 20%)

(Reschke 2004, S. 145-147; vgl. Strauss 2013). Selbst noch am 6. März 1933, als die Kommunisten bereits unter Versammlungs- und Publikationsverbot standen, waren sie hier stärker als die Nationalsozialisten. Damit schien sich der marxistische Mythos von der Avantgarde der Arbeiterbewegung kaum anderswo so deutlich zu bestätigen wie in diesem Bezirk. Leider hat die in Ost-Berlin jahrzehntelang vorherrschende Geschichtsschreibung der SED die sozialen, politischen und kulturellen Bewegungsformen der Arbeiterschichten nur selektiv und einseitig abgehandelt. So wurde zwar 1951 die Zorndorfer Straße in Mühsamstraße umbenannt, doch befand sich dessen Witwe Zenzi Mühsam bis 1956 in stalinistischer Lagerhaft. Die SED-Führung setzte sich nicht für sie ein (Hirte 1996; Abramowski 2008). Dabei war das Arbeitermilieu, auch das kommunistische, ausgesprochen facettenreich: Theater und Gesangsvereine, Kinder- und Naturfreunde, Anarchosyndikalisten, Sportbünde, antistalinistische Kommunisten und noch mehr. Eine ganze Welt des untergegangenen proletarisch und kleinbürgerlich geprägten, überaus vielfältigen Milieus harrt bis auf den heutigen Tag seiner Wiederentdeckung und Erforschung. So ist der spätere Werdegang des ersten Friedrichshainer Bezirksbürgermeisters Paul Mielitz, eines Sozialdemokraten, vollkommen unbekannt. Der 1881 in der Niederlausitz geborene Metallarbeiter, der die städtischen Bildungschancen nutzte und sich gewerkschaftlich organisierte, wurde 1933 abgesetzt. Er schlug sich als Vertreter einer Puppenfabrik durch, wurde 1941 zum Abteilungsleiter einer Maschinenfabrik dienstverpflichtet. 1946 gehörte er zu den Befürwortern der Vereinigung der Arbeiterparteien, verließ aber 1950 enttäuscht die DDR. Sein Sterbedatum ist erst während der Recherchen zu diesem Buch bekannt geworden. Er lebte bis zum 4. Oktober 1959 in der Brabanter Straße in Berlin-Wilmersdorf (vgl. Strauss 2013). Drei Aufsätze aus seiner Feder, lebhafte Bekenntnisse zum Bezirk, vereinen Anschaulichkeit mit Präzision (Mielitz 1931, 1932, 1933).

Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur

Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 wurde die NSDAP auch in Friedrichshain zur Massenpartei. Strategie der Nationalsozialisten war es, massiv und aggressiv in kommunistisch dominierte Quartiere vorzustoßen. Ergebnisse einer zeitgenössischen Untersuchung vor Ort sprechen von geplanten Mordanschlägen von Nationalsozialisten und eher sporadischen Aktionen der Kommunisten. Sie decken sich mit ähnlichen Erfahrungen an anderen Orten (Reschke 2004, S. 31; Klemperer 1985, S. 9).

Verschwunden ist der legendäre Saalbau Friedrichshain in der Straße Am Friedrichshain. Hier fanden Redegefechte zwischen Walter Ulbricht und Joseph Goebbels und danach Saalschlachten zwischen ihren verfeindeten Anhängern statt, aber auch die gemeinsame Manifestation von KPD und NSDAP im berüchtigten BVG-Streik 1932.

Ein Verbrechen im Rotlichtmilieu des Quartiers am Schlesischen Bahnhof führte Anfang der dreißiger Jahre zu einer ganz anderen, grotesken Zuschreibung des Bezirks: als „Ort der Bewegung“. Den Mord an einem ihrer Getreuen, Horst Wessel, im Februar 1930 verklärten die Nationalsozialisten wider besseres Wissen zum Märtyrertod. Am 28. September 1938 wurde der Bezirk nach ihm benannt: zunächst in Horst-Wessel-Stadt, dann in Bezirk Horst Wessel. Diesen Namen trug er bis 1945 (Stave 1987, S. 47/48).

So vielfältig die Milieus, so unterschiedlich gestaltete sich auch der Widerstand gegen die Nazi-Diktatur. Kommunisten, linke Sozialdemokraten und Anarchosyndikalisten leisteten im Untergrund Widerstand, auch Aktionen der Bekennenden Kirche, der Zeugen Jehovas und von Menschen jüdischer Herkunft sind bekannt, so wie es auch von unpolitischen Jugendgruppen sporadisches Aufbegehren gab. Hermann Stöhr, der einzige deutsche Protestant, der aufgrund seines Glaubens den Kriegsdienst verweigerte und deshalb hingerichtet wurde, lebte im Viertel am Schlesischen Bahnhof. Doch blieben all diese Aktionen vereinzelt, konnten selten miteinander verknüpft oder gar abgestimmt werden. Auch Angehörige des losen Netzwerks, das von der Gestapo als „Rote Kapelle“ bezeichnet wurde, wie der 1943 in Plötzensee hingerichtete Walter Küchenmeister, lebten und arbeiteten in Friedrichshain. Der ohnehin sporadische Widerstand der eher unpolitischen Jugendgruppen um den Schlesischen Bahnhof hörte auf, als die erwachsen gewordenen Jugendlichen in den Krieg eingezogen wurden. Ein Jugendlicher aus diesen Kreisen, Anselm, der Sohn Walter Küchenmeisters, versteckte erfolgreich 1945 einen Deserteur (Sandvoß 1998, S. 206). Das Frauengefängnis Barnimstraße war für 300 Antifaschistinnen Zwischenstation auf ihrem Leidensweg bis zur Hinrichtung (vgl. Seite). Die Novemberpogrome 1938 brachten das öffentliche jüdische Leben in Friedrichshain zum Erliegen. Die Thora-Rollen aus der Synagoge in der Frankfurter Allee 56 wurden auf dem Bürgersteig verbrannt.

Von den etwa 8 000 jüdischen Friedrichshainerinnen und Friedrichshainern ermordeten die Nationalsozialisten 2 800, ganze 210 Überlebende zählte man im August 1945 (vgl. Kulturring in Berlin 1998). Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die Männer eingezogen. In den Betrieben ersetzte man sie durch Zwangsarbeiter. Zahlreiche größere und kleine Zwangsarbeiterlager mitten im Stadtgebiet entstanden, von denen bislang nur ein Teil dokumentiert wurde (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg 2002).

Die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft sind im Stadtbild unübersehbar: die Trümmerberge, die die gesprengten Hochbunker im Friedrichshain bedecken und die verheerenden Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs, die das geschlossene Erscheinungsbild der Straßen und Plätze nicht nur dieses Bezirks für immer zerstört haben. Die schlimmsten Bombardements erlebte der Bezirk am 3. und 26. Februar 1945, bei denen 939 und 1 184 Flugzeuge jeweils weitaus mehr als 2000 Tonnen tödlicher Last an Spreng- und Brandbom-

ben über die Innenstadt abwarfen. Zehntausende Berliner, Flüchtlinge und Zwangsarbeiter kamen dabei ums Leben (vgl. Demps 2000).
Zahlreiche Gebäude, wie das Rose-Theater in der Großen Frankfurter Straße oder das Eingangsgebäude der Plaza am Küstriner Platz, waren von den Bombardements verschont geblieben, wurden aber in den Straßenkämpfen zwischen Wehrmacht, SS, Volkssturm und der Roten Armee zerstört. 54% der Wohnungen waren unbewohnbar geworden. Besonders betroffen waren die dichten Wohngebiete südlich der heutigen Karl-Marx-Allee um den Schlesischen Bahnhof. Von den 1939 gezählten 346 264 Einwohnern waren noch etwa 156 000 übrig.
Alles Geschichte? Bis heute werden auf Berliner Stadtgebiet Bomben gefunden. Am Schleidenplatz explodierte 1994 eine solche Fliegerbombe, wobei drei Bauarbeiter ums Leben kamen.

Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Bereits wenige Tage nach der Befreiung des Bezirks am 23. April 1945 wurde in der Gaststätte „Schreinerhof“ in der Schreinerstraße eine provisorische Verwaltung aufgebaut. Ihr standen anfangs zwei LKW mit Anhängern zur Verfügung, eine Zugmaschine und immerhin 19 Pferdegespanne. Von 203 niedergelassenen Ärzten praktizierten nur noch 15. Die Beschreibung „Ausgangspunkt Chaos“ ist nicht übertrieben (Podewin 1995). Um der Situation Herr zu werden, wurde eine allgemeine achtstündige Arbeitspflicht eingeführt, für die sich alle zwischen 7 und 17 Uhr zur Verfügung halten mussten. Nicht selten wurden Dutzende Friedrichshainer für außerplanmäßige Arbeiten wie das Verladen von Gütern am Schlesischen Bahnhof auf Zuruf zusammengeholt. Das funktionierte, wenn auch nicht immer reibungslos. Die Menschen wollten überleben. Ihre Ernährung sicherten Lebensmittelkarten, ohne die in Geschäften nichts gekauft werden konnte. 400 Gramm Brot, 40 Gramm Nährmittel (also Linsen, Bohnen, Erbsen oder Reis), 10 Gramm Fett, 20 Gramm Zucker und 400 Gramm Kartoffeln – das war die tägliche Ration für Angestellte. Sich an solche Verhältnisse anzupassen, war das Gebot dieser Wochen und Monate. Offenbar gab es aber viele, die sich mit dem Anpassen in besonderer Weise befleißigten, denn am 20. Mai 1945 erließ der Bezirksbürgermeister eine Bestimmung, die besagte, dass bei Korrespondenzen die Bürgermeister „nicht mit ‚Genosse’ und mit ‚kommunistischem’ Gruß“ anzuschreiben seien (Ebd., S. 22).

Errichtung der SED-Diktatur in Ost-Berlin

Gemäß des Potsdamer Abkommens war Berlin in vier Sektoren aufgegliedert worden, die unter der Verantwortung jeweils einer alliierten Macht standen. Friedrichshain wurde dem

sowjetischen Sektor zugeordnet. Um den Mythos vom friedlichen Ende des Streits zwischen den beiden großen Arbeiterparteien zu begründen, schuf die SED in Friedrichshain eine Ikone: Nach dem Vereinigungsparteitag von Kommunistischer und Sozialdemokratischer Partei in Ost-Berlin im April 1946 entstand am Helsingforser Platz ein Film des damals noch völlig unbekannten DEFA-Regisseurs Kurt Maetzig, der später den Propagandazweiteiler „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“, aber auch „Die Buntkarierten“ drehen sollte - und den 1965 sofort nach seiner Fertigstellung verbotenen Film „Das Kaninchen bin ich“. Er filmte zwei sich aufeinander zu bewegende Demonstrationszüge, die jeweils eine der Arbeiterparteien verkörpern sollten, um sich am Helsingforser Platz zu einem einheitlichen Aufmarsch der neugegründeten Sozialistischen Einheitspartei zu vereinigen. Alles inszeniert, wie später bekannt wurde (Götze 2008). Ein Foto aus diesem Film diente bis zum Ende der SED-Herrschaft in zahlreichen Publikationen – vor allem in Schulbüchern – als Symbol und Beleg für die Einigung der Arbeiterklasse. Aber die Vereinigung der Parteien erfolgte weitgehend unter Zwang. Zwar existierte bis 1961 in der Krossener Straße 22 ein SPD-Büro, das einmal sogar von Willy Brandt besucht worden ist, doch war an freie Parteiarbeit unter den Auflagen und Verfolgungen durch Ost-Berliner Sicherheitskräfte nicht zu denken.
Wegen der unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Alliierten zerbrach der gemeinsame Berliner Senat 1948. In den Ostbezirken setzte sich mit Hilfe der Sowjets die Einparteienherrschaft der SED durch, die mit Unterstützung der Blockparteien eine zentrale Planwirtschaft einführte, während in den Westzonen das Mehrparteiensystem eine marktwirtschaftliche Orientierung vornahm. Nach der Einführung der neuen D-Mark in West-Berlin am 24. Juni 1948 war die Spaltung der Stadt vollzogen. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1949, die Ost-Berlin zu ihrer Hauptstadt machte, gehörte Berlin zwei sich unversöhnlich gegenüberstehenden politischen Lagern an. Die Spree zwischen Friedrichshain und Kreuzberg wurde zur Staatsgrenze.

Sozialistischer Wiederaufbau

Natürlich hatte es der Arbeiterbezirk Friedrichshain verdient, beim Wiederaufbau nach dem verheerenden Krieg mit den Segnungen neuester sozialistischer Stadtplanung und Architektur beehrt zu werden. Der neue Mensch benötigte eine neu gebaute Umwelt! Doch anstatt den unter Leitung des Architekten Hans Scharoun 1949 entwickelten Kollektivplan umzusetzen, der die Errichtung einer Gartenstadt, eines Wohnviertels im sachlichen Stil des fortschrittlichen Neuen Bauens an der Frankfurter Allee vorsah, bevorzugte die Baupolitik der SED eine Architektur mit Stilelementen, die von den Protagonisten des Neuen Bauens als bourgeois abgetan worden wären: Kornähren, Handwerksgegenstände, Arbeiterfiguren,

glückliche Menschen waren Ausstaffierungen der repräsentativen Neubauten, die die DDR-Baupolitik als „klassisch“ propagierte und DDR-weit für viele Jahre für verbindlich erklärte. Anstelle der *Gartenstadt* wurden der Bau des *Hochhauses an der Weberwiese* und das *Großprojekt Stalinallee* inszeniert. Der enttäuschte Scharoun verglich diese Planungen daraufhin mit den Germania-Fantasien Albert Speers und zog sich von seinen Funktionen in Ost-Berlin zurück (Der Spiegel 1952, Nr. 20, S. 25-29). Im Schatten dieser politisch hoch dramatisierten Ereignisse wurde dennoch in kürzester Zeit nicht nur an der Stalinallee eine höchst eindrucksvolle Aufbauarbeit geleistet. Überall im Straßenbild sind bis heute die typischen Häuser der Nachkriegslückenschließungen zu erkennen.

Widerstand gegen die SED-Diktatur

Die Arbeiter, denen der neue Staat zugedacht wurde, dankten es der Partei schlecht. Es waren nicht nur wirtschaftliche Probleme wie die Erhöhung einiger Lebensmittelpreise im Mai 1953, die sie unzufrieden machten. Die meisten Menschen lehnten das ideologische Korsett ab, das die SED um die Gesellschaft gelegt hatte. Pluralismus und Meinungsvielfalt waren nicht zugelassen. Studieren und Karriere waren nur mit politischem Engagement im Sinne der SED möglich, unabhängig davon, ob ehrlich gemeint oder geheuchelt. Weil die Partei nicht einmal ihren eigenen Gefolgsleuten richtig traute, begann sie einen Überwachungsstaat aufzubauen. Als Ende Mai 1953 die Arbeitsnorm um zehn Prozent ohne Lohnausgleich erhöht wurde, kam es an zahlreichen Orten in der DDR zu Arbeitsniederlegungen. Am 11. Juni versuchte die Regierung, mit dem sogenannten *Neuen Kurs*, der Zugeständnisse vorsah, gegenzusteuern. Doch die Menschen verlangten grundsätzliche Änderungen. In Berlin waren es die Bauarbeiter am Krankenhaus Friedrichshain und in der Stalinallee, die am 16. Juni den Streik begannen und protestierend in die Innenstadt zogen. Eine Initialzündung. Viele Berliner unterbrachen die Arbeit in den Betrieben und schlossen sich an. Eine halbe Million Menschen waren auf den Beinen. Am 17. Juni 1953 verbreiteten sich die Proteste landesweit über 560 Orte. Die ostdeutschen Ordnungskräfte konnten dem Aufstand nicht begegnen und baten die sowjetische Besatzungsmacht um Unterstützung. Diese verhängte den Ausnahmezustand, fuhr mit Panzern auf und erwirkte vor allem durch diese Präsenz, aber auch durch den Einsatz von Schusswaffen die Niederschlagung des Aufstands. In Berlin kamen 14 Menschen ums Leben, drei davon aus Friedrichshain (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2004).

Als die Regierung wieder fest im Sattel saß, kam es landesweit zu Schauprozessen. Der Aufstand wurde als faschistischer Putschversuch gebrandmarkt. Dennoch blieb der 17. Juni bei der Regierung ein Angstdatum. Als sich am 31. August 1989 die friedliche Revolution

ankündigte, fragte Stasichef Erich Mielke ängstlich: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Als die Regierung der DDR Ende der fünfziger Jahre allmählich zu begreifen begann, dass ihre Mittel nicht ausreichen würden, um alle Arbeiter mit Palästen auszustatten, verlegte sie den Schwerpunkt auf den industriellen Wohnungsbau. Jetzt waren Konzepte gefragt, wie sie Scharoun schon 15 Jahre zuvor vorgelegt hatte, nur sollten sie nun konsequenter, höher, größer und vor allem kostensparender sein. Allerdings war man bis Ende der siebziger Jahre nicht bereit, zuzugeben, dass die Tradition des Neuen Bauens aus den zwanziger Jahren stammte. Schließlich berief sich auch der Klassenfeind im Westen, dessen Neubauten auf der Internationalen Bauausstellung in West-Berlin 1952 von der SED als „Zigarettenschachteln“ und „Klötze“ denunziert wurden, auf genau diese Tradition. Das Barnimviertel und das Viertel um den Ostbahnhof, die beiden Quartiere im Friedrichshain, in denen die kommunistische Bewegung den stärksten Rückhalt hatte, wurden komplett umgebaut - ohne Rücksicht auf historisch gewachsene Straßen- und Platzstrukturen. Damit wurde auch das Milieu zerstört, von dem die SED ihre politische und soziale Legitimation herleitete. Bis heute fühlt man sich als Passant zwischen den eintönigen Hochhäusern wie auf einem Präsentierteller. Gerade im Ostbahnhofviertel war diese übertriebene Übersichtlichkeit beabsichtigt, denn seit dem Mauerbau am 13. August 1961 galt es vor allem hier, das Vorfeld der Staatsgrenze zu überwachen. Und in der Tat angelte ein gestaffeltes System von Polizisten, Zivilstreifen, aufmerksamen Bürgern und Überwachungskameras jedes Jahr etwa 300 bis 400 Fluchtverdächtige aus den Reihen der Passanten heraus. Man mag es sich heute gar nicht mehr vorstellen: An der Mühlenstraße und der Stralauer Allee war seit dem Mauerbau für Millionen Menschen die Welt zu Ende! Gebaut wurde die Mauer, weil die SED mit ihrer politischen Indoktrination und einer verfehlten Wirtschaftspolitik ihre Einwohner buchstäblich zu Millionen vertrieb. Die Ostmark war sehr viel schwächer als das West-Berliner Zahlungsmittel D-Mark, was zusätzliche Probleme mit sich brachte. Manche hatten sich eingerichtet, arbeiteten für gutes Westgeld in West-Berlin und lebten in einem Ostbezirk mit günstigen Mieten. Solche „Grenzgänger“ gab es aber auch in umgekehrter Richtung, ein Zeichen, dass die Berliner ihre Stadt als Einheit ansahen. In zahlreiche Kreuzberger Kinos, vor allem in der Köpenicker Straße, pilgerten Ost-Berliner, um sich für eine Mark spannende, vom West-Berliner Senat aus ideologischen Gründen subventionierte Filme anzusehen, die es im Osten nicht zu sehen gab.

Mauerjahre

In den 28 Jahren Mauerzeit sind auf dem Abschnitt zwischen Friedrichshain und Kreuzberg neun zumeist junge Menschen bei Fluchtversuchen über die Spree ermordet worden oder

ertrunken. Besonders tragisch waren außerdem tödliche Unfälle von fünf Kindern aus Kreuzberg, die auf der schlecht gesicherten Kreuzberger Uferseite beim Spielen ins Wasser fielen und ertranken, weil nicht rechtzeitig Rettungsmaßnahmen ergriffen wurden.
Auch wenn die Menschen in der DDR eingesperrt waren und ideologisch bevormundet wurden, warb die SED um ihre Gunst. Sie subventionierte Arztbesuche, Mieten, Nahrung, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und kulturelle Teilhabe wie Theaterbesuche, Bibliotheken, Kinos, Klubhäuser und Sportstätten. Dafür verlangte sie bei den Wahlen, dass die Menschen für sie stimmten. Das Wahlsystem ließ ohnehin keine andere Entscheidung zu. Vor den Volkskammerwahlen am 14. Juni 1981 war vor allem den Friedrichshainern schon im März desselben Jahres ein teures Geschenk gemacht worden, das von der SED-Leitung persönlich übergeben wurde, das Sport- und Erholungszentrum in der Leninallee (jetzt wieder Landsberger Allee), dessen Kurzname *SEZ* sich sofort im Sprachgebrauch durchsetzte. Es war als Sondervorhaben der Hauptstadt unter Stadtbaudirektor Erhard Gießke errichtet worden, unter dessen Ägide andere Prestigeprojekte wie die inzwischen wieder abgerissenen Gebäude des Palastes der Republik und des Palasthotels oder das Zeiss-Großplanetarium entstanden waren. Dem SEZ war schon äußerlich sofort anzusehen, dass es in die Klasse höchster Priorität gehörte. Ein schwedisches Architektenteam vermied die Bauausführung im üblichen langweiligen DDR-Look. Für den Besuch dieser Kombination aus Sportstätte, Spaßbad und Gaststättenkomplex nahmen die Berliner lange Wartezeiten in Kauf. Bis zu 15 000 Menschen kamen täglich. Aufgrund dringenden Sanierungsbedarfs wurde es 2001 geschlossen. Einzelne Bereiche, wie Sporthallen oder Sauna blieben zwar geöffnet, doch ohne Bad wirkt alles wie eine schlecht dimensionierte Turnhalle, selbst wenn man das Gebäude zwischenzeitlich als Ort der Kunst entdeckt hat. Ein Konzept, das Komplettsanierung und Betrieb mit moderaten Eintrittspreisen zu kombinieren vermag, ist nicht in Sicht.
Ein anderes hochsubventioniertes Großprojekt der SED wurde 1988 in unmittelbarer Nachbarschaft gestoppt, obwohl es schon einen Struktur- und Stellenplan sowie weitreichende Nutzungskonzepte gab: Auf einer Freifläche am Rand des Friedrichshainer Volksparks an der Ecke Danziger Straße / Kniprodestraße, die auch *Drachenwiese* genannt wird, sollte ein opulentes *Haus der Jugend* entstehen (vgl. Neue Zeit 4. August 1987, S. 8). Die Fundamente des Komplexes, der Gaststätten, Diskotheken, Lese- und Konzertsäle, ein Jugendhotel und viele andere Dinge beherbergen sollte, ruhen bis heute unter dem Gras. Doch streng genommen gehört dieser Platz schon zum Ortsteil Prenzlauer Berg.

Alternatives Leben

Ende der siebziger, aber vor allem in den achtziger Jahren trat zum „Arbeiterbezirk“ eine neue Zuschreibung hinzu. Ähnlich wie in den anderen Altbauquartieren der Ost-Berliner Innenstadtbezirke Mitte und Prenzlauer Berg waren auch hier ganze Blöcke infolge fehlender oder mangelhafter Sanierungen so weit heruntergekommen, dass selbst Arbeiter – denen ja

per Definition der Staat gehörte – nicht mehr in den Hinterhauswohnungen mit Außentoiletten wohnen wollten. Trat man im Sommer in die Höfe, hörte man laut den *RIAS* – „Rundfunk im Amerikanischen Sektor“, also „Feindsender“. Daran konnten auch die patrouillierenden Abschnittsbevollmächtigten – so etwas wie Kontaktbereichsbeamte im Westen, nur mit weitreichenderen Kompetenzen und meistens im Sinne der SED ideologisiert – nichts ändern. In genau diese Gegenden, die nicht so einfach unter soziale Kontrolle gebracht werden konnten wie moderne, übersichtliche Wohngebiete, versuchten junge Leute, die den Lebenstrott der „normalen“ Bürger nicht teilten, eigene Nischen zu gründen. Unter ihnen sprachen sich Anleitungen herum, wie man Wohnungen besetzt. Ganz allmählich entstanden Inseln alternativen Lebens und eine eigene Kultur vornehmlich östlich der heutigen Petersburger und Warschauer Straße.

Ein Großteil der sogenannten „Prenzlauer-Berg-Connection“ - Unruhestifter, Musiker, Lebenskünstler - lebte, arbeitete, diskutierte, stritt und feierte hier. Die Friedrichshainer Altbaugebiete stellten sich Anfang der achtziger Jahre ein bisschen wie ein großer Schmelztiegel dar: Theater-, Maler-, Musiker-, Familien-, Nicaragua-, Umwelt- , Anarcho-, Frauen-, illegale Redaktions- und andere Gruppen ohne besondere inhaltliche Ausrichtung entstanden, fusionierten und zerstritten sich oder gingen einfach wieder getrennte Wege. Unterschiede zwischen den Protagonisten waren nicht bedeutend. Man hörte die gleiche Musik, rauchte dieselben Zigarettensorten, fand die gleichen Mädchen oder Jungs scharf, regte sich gemeinsam über die Bürger, den Staat, die Bullen und die Stasi auf und wurde von denen als gemeinsamer Feind bekämpft. Wer seine Ansichten zu Material verarbeiten konnte und dies anderen zeigte, galt als Künstler. Wer das für zu versponnen hielt, aber trotzdem etwas machen wollte, verlegte sich aufs Petitionen schreiben und wurde Dissident. Manche brachten beides zustande. Ende der Achtziger war die Szene so unübersichtlich, dass es Gruppen gab, die das gleiche machten, aber nie voneinander hörten. Produkte dieser Szene waren Zeitschriften wie *Entwerter-Oder*, *mOAning star* oder *Kopfsprung*. Die *Offene Theatergruppe Berlin* führte von 1983 bis 1985 Antikriegs- und Kabarettstücke auf, ähnlich das *Medea-Theater*, ein Zusammenschluss von ost- und westdeutschen Künstlern. Auftrittsorte waren Wohnungen, Dachböden, Hinterhöfe und Kirchenräume der Galiläa- und Auferstehungsgemeinde. Bereits 1982 waren die Friedensbibliothek und das Anti-Kriegs-Museum in der Bartholomäuskirche gegründet worden, die mit spektakulären Wanderausstellungen auf sich aufmerksam machten. In der Samariterkirche fand 1986 unter dem Titel *wort und werk* eine erste große Gesamtschau ostdeutscher Alternativkunst statt (vgl. Warnke, Quaas 2009; Kirche von Unten 1997). Als die Graffiti-Kunst im Osten entdeckt wurde, verschwanden Farbspraydosen aus dem DDR-Handel. Graue Wände, die es zuhauf gab, provozierten einfach zu sehr. Im November 1983 bemalten 20 junge Leute größtenteils aus der Friedrichshainer Szene den Storkower Tunnel, eine endlos lange und düstere Fußgängerbrücke, die den S-

Bahnhof Storkower Straße mit der Proskauer Straße verband, mit farbigen Bildmotiven: Blumen, Tiere, Häuser, Bäume, Flugzeuge und Raketen. Sicherheitskräfte lauerten ihnen auf und nahmen sie fest. Sechs von ihnen wurden mit sieben Monaten Haft und einer Geldstrafe bestraft, die anderen „nur“ zu Geldstrafen von 800 bis 1 600 Mark. Eine horrende Summe, denn wer keine besonderen Ansprüche stellte, kam mit 200 Mark sehr gut über den Monat. Junge Leute sammelten DDR-weit Spenden. Damit sprach der Staat auch eine Warnung aus, dass es nämlich in punkto künstlerischer und politischer Artikulation in der Öffentlichkeit absolut keine Toleranz geben würde. In Rehabilitationsprozessen erkannte der Generalstaatsanwalt auch nach bundesdeutschem Recht eine kriminelle Handlung, die nicht entschädigt zu werden braucht. Zehn Jahre später wurde dieses Urteil bestätigt, nur die Strafen sah man inzwischen als übertrieben an.

Wohnungsbesetzer

Bezirksweit gab es einige hundert Wohnungsbesetzungen, die meisten im „Südkiez“. Die kommunalen Wohnungsverwaltungen blickten durch ihr eigenes Chaos einfach nicht mehr durch. Zeitweilig führte einer der Besetzer ein Notizbuch, in das er leerstehende Wohnungen eintrug und die Adressen im Bedarfsfall weitergab. Diese Wohnungen versah er mit den typischen Merkmalen des Bewohntseins, indem er Abtreter vor die Tür legte und Namensschilder mit fiktiven Namen an Tür und Briefkasten befestigte.

Ein Zentrum der Wohnungsbesetzungen war Ende der 1980er Jahre die Simon-Dach-Straße. In der Nummer 11 wohnten so viele Besetzer, dass sie mit ihrer Mehrheit eine eigene Hausgemeinschaftsleitung gründen konnten. Normalerweise war die *HGL* – wie sie DDR-deutsch genannt wurde – als Instrument der staatlichen Kontrolle verpönt. Doch die neuen Hausbewohner verstanden diese Einrichtung für sich zu nutzen, indem sie Gelder für die Verschönerung des Hofs und für Hoffeste vom Bezirk akquirierten. Bei einem legendären Hoffest im Herbst 1988 fand ein – wenn man so will – staatlich bezuschusstes Punkkonzert statt. Die Polizei konnte nichts ausrichten, weil das Fest offiziell angemeldet war (Kirche von Unten 1997, S. 130-138; vgl. auch Bundeszentrale für politische Bildung, Robert-Havemann-Gesellschaft 2008). Dafür revanchierten sich Polizisten Anfang 1989, indem sie eine Hausdurchsuchung durchführten und dabei Bewohner beleidigten, schlugen und auf dem berüchtigten Volkspolizei-Revier in der Wedekindstraße stundenlang weiter schikanierten. Die Geschädigten publizierten mithilfe der „Kirche von Unten“ und der Umwelt-Bibliothek ihre Erlebnisprotokolle und verfassten eine Beschwerde, woraufhin sich ein leitender Polizist entschuldigte. Einige seiner Kollegen wurden im Dienstrang herabgesetzt.

Neue Widerstandsformen gegen die Diktatur

Das kritische Milieu der Friedrichshainer Aussteiger, Wohnungsbesetzer, Künstler und Widerständler der achtziger Jahre sorgte für das neue Image Friedrichshains als „Ort des Widerstands“. Ende der 1990er Jahre wurde bekannt, dass 1969 in der Samariterstraße 36 die *Kommune 1 Ost* gegründet worden war (Kätzel 2002). Doch diese Wohngemeinschaft existierte an diesem Ort nicht einmal ein Jahr. Starke Impulse der *Friedens- und Umweltbewegung der DDR* wurden in die Kirchengemeinden getragen, wie in die Samariterkirche. Hier fanden 1979/80 die legendären Blues-Messen statt, Jugendgottesdienste mit Blues-Musik und gesellschaftskritischen Texten, aber auch weitere staatskritische Veranstaltungen. Den Kirchen war die freie Verkündigung von Gottes Wort gestattet. Indem Nachrichten und kritische Meinungen als Verkündigung kodiert wurden, gelang es, die staatliche Zensur zu unterlaufen. So wurden Kirchen allmählich zu einem Ersatzort für die Öffentlichkeit, die der SED-Staat mit seiner Propaganda und Zensur besetzt hielt. Auch in anderen Friedrichshainer Kirchengemeinden setzten sich Menschen für kritische Geister ein, besonders in der Auferstehungskirche in der Friedenstraße, in der Galiläakirche in der Rigaer Straße und Ende der 1980er Jahre auch im Pfarrhaus der Andreas-/ Markus-Gemeinde in der Stralauer Allee. Doch stets hing dieses Engagement von der Courage einzelner Pfarrer, Gemeindemitglieder und -mitarbeiter ab. Nicht selten wurden staatskritische Veranstaltungen gegen einen großen Teil oder gar gegen eine Mehrheit der Mitglieder der Kirchengemeinden durchgeführt. Auch Christen waren DDR-Bürger und deshalb nicht bessere oder schlechtere Menschen. Eine wichtige überregionale Gruppe war die anarchistisch geprägte *Offene Jugendarbeit*, die Anfang der 1980er Jahre entstand und sich in subkulturellen Milieus bewegte. 1987 ging sie in der *Kirche von Unten (KvU)* auf, als sie im Juni desselben Jahres einen *Kirchentag von Unten* in der Pfingstgemeinde am Kotikowplatz (heute wieder Petersburger Platz) durchführte. Diese Gemeinde hatte 1983 die Arbeit mit Punks in ihren Räumen beendet. Punk war in der DDR weitaus mehr als das landläufig unterstellte Klischee aus Abhängen, Saufen und „Hastemalnemark?“ – obwohl es auch das gab. Schon Anfang der 1980er Jahre hielt Punk Einzug in die widerständigen Kunst- und Kulturbewegungen einer ganz jungen Generation, die sich unter anderem am Futurismus des frühen 20. Jahrhunderts orientierte. Ihr demonstrativ antibürgerliches Auftreten beherrschte weitgehend die Dynamik des antistalinistischen Widerstands der 1980er Jahre bis in die Zeit der Großdemonstrationen im Herbst 1989 hinein. Auch die anderen Widerständler in Berlin waren typische Antibürger. „Bürgerbewegung“ ist deshalb nicht der richtige Begriff für die Oppositionsbewegung in der DDR vor 1988/89.

Revolution 1989

An der Macht hielt sich die SED unter anderem auch, weil sie Wahlen fälschen ließ. Der Betrug wurde mit der Stimmenauszählung der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 durch unabhängige Personen dokumentiert. Friedrichshain gehörte neben Weißensee und Prenzlauer Berg

zu den drei Referenzbezirken in der DDR-Hauptstadt, in denen die Wahlergebnisse verglichen wurden. Offiziell stimmten 97,9% der Friedrichshainer für die Einheitslisten der SED-dominierten Nationalen Front, tatsächlich waren es 92,9% (Öffentliche Stellungnahme zu den Kommunalwahlen 1989, Flugblatt, Mai 1989, Privatbesitz des Autors). Viele Bürger wählten so, weil sie Angst vor Repressionen hatten oder sich Vorteile versprachen, andere handelten eher bedenkenlos. Gegen genau dieses ängstliche und bedenkenlose Mitlaufen richtete sich das Engagement der regierungskritischen jungen Leute aus den subkulturellen und den Besetzermilieus. Aber es gab auch einen sehr großen Teil Friedrichshainer, der überzeugt die SED-Politik unterstützte.
Neugründungen wie das *Neue Forum*, *Demokratischer Aufbruch,* aber auch die *Sozialdemokratische Partei* SDP sammelten im Herbst 1989 zahlreiche kritische Bürger, die sich bis dahin nicht getraut hatten, ihren Unwillen zu artikulieren. In Friedrichshain waren es sehr viele. Am 9. November 1989 gegen 22 Uhr wurde der Grenzübergang Oberbaumbrücke geöffnet. Zehntausende Ost-Berliner standen geduldig Schlange, um den Ort zu besuchen, den ihnen die SED erst für das Rentenalter vorbehalten hatte

Turbulente Zeiten

Das erste Jahr nach der Revolution brachte für die Menschen in Friedrichshain riesige persönliche Veränderungen in allen Lebensbereichen: Schule, Ausbildung, Arbeit, Wohnungswesen, öffentliche Verwaltung, Sozialsysteme – alles wurde dem System der Bundesrepublik angepasst. Viel Mut, Fantasie und immense Anstrengungen waren nötig. Mit den Segnungen der Freiheit wurden die Einwohner aber auch mit deren Schattenseiten konfrontiert: Betrüger übervorteilten Gutgläubige, alternative Kulturzentren und besetzte Häuser wurden von Neonazis überfallen.
Zahlreiche bis dahin leerstehende Häuser hatten nun eine lebendige Hausbesetzerszene mit Kneipen, Spätverkaufsstellen, Veranstaltungs- und Bandprobenräumen, Kinos und sogenannten „Volxküchen“, in denen warmes Essen abgegeben wurde. Allerdings stießen die Besetzer mit ihrem Lebensstil wegen ihrer Unordnung und Lärmentwicklung auf das Missfallen vieler Anwohner. Leider setzten sich im sich anbahnenden Konflikt sowohl auf staatlicher Seite als auch auf Seiten der Besetzer die Hardliner durch, die unrealistische Positionen vertraten. Am Morgen des 14. November 1990 wurde die von Hausbesetzern dominierte Mainzer Straße geräumt. Bemühungen von DDR-Basisgruppen wie *Neues Forum* und des Friedrichshainer Bezirksbürgermeisters Helios Mendiburu (SPD), eine Verhandlungslösung zu finden, scheiterten. Zahlreiche Menschen wurden verletzt, 417 Personen festgenommen, darunter auch Abgeordnete (Arndt u.a. 1992). Mit der Räumung verschwand ein großes kreatives Potential aus dem Bezirk, trotz der verbliebenen besetzten Häuser z.B. in der Rigaer und der Liebigstraße. Das Verhältnis zu Polizei und Politik blieb auf Jahre gespannt. Dazu

trug auch der Mord an Silvio Meier durch rechtsradikale Jugendliche am 21. November 1992 bei, der von offizieller Seite zunächst als eine Art Wirtshausschlägerei abgetan wurde. Der 27-Jährige, der seit Jahren in der Widerstandsszene gegen die SED aktiv war, hatte die Jugendlichen im Zwischengeschoss der U-Bahnstation Samariterstraße wegen eines rechtsradikalen Aufnähers angesprochen. 2013 wurde nach kontroversen politischen Auseinandersetzungen in der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg die Gabelsbergerstraße in Silvio-Meier-Straße umbenannt.
Neue städtebauliche Dominanten wurden mit dem Ringcenter anstelle der alten Ringbahnhalle neben der S-Bahn, der Plaza auf dem Gelände der Vergaser- und Filterfabrik in der Frankfurter Allee und der O2-Arena auf dem ehemaligen Reichsbahngelände gesetzt. Neben ihrem hohen Gebrauchswert erteilt deren architektonische Gestalt eine deutliche Lehre: Das Ende des eintönigen Einerlei der realsozialistischen Architektur bedeutete nicht zugleich den Beginn eines „schönen“ Bauens.

Vom Kreativbezirk zur Schlafstadt?
Wie ein Damoklesschwert schwebte die Berliner Olympia-Bewerbung für das Jahr 2000 über dem Bezirk. Viel Geld wurde zum Aufhübschen der Fassaden von Sportanlagen ausgegeben, um Berlin als fit für die Spiele zu deklarieren. Dem Breitensport kam das nicht zugute. Das Olympische Dorf war auf dem Schlachthofgelände in der Eldenaer Straße geplant, das seit 1938 zum Bezirk Prenzlauer Berg gehört. Friedrichshainer im danebenliegenden Samariterkiez hatten kein Mitspracherecht. Bis zur Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees bewegte sich fast nichts mehr, weil Grundstückseigentümer auf das große Geld durch die Aufwertung warteten. Nach der Entscheidung für Sydney im Jahr 1994 gelangten alle wieder auf den Boden der Tatsachen. Das Samariterviertel wurde Sanierungsgebiet mit Milieuschutz. Genützt hat es nichts. Inzwischen durchlebt der Bezirk den zweiten Bevölkerungsaustausch seit den achtziger Jahren. Das proletarische Milieu verschwand zugunsten der Freaks, Punks, Hippies und anderer bunter Leute, und diese weichen jetzt allmählich den Vertretern der gehobenen Mittelschicht, die sich teure Mieten leisten können. Hält dieser Trend an, wird die kreative Szene, wegen der man in den hippen Bezirk zog, in naher Zukunft weitergezogen sein und Friedrichshain ein langweiliger Schlafmützenbezirk werden. Treffpunkte der „Szene“ aber auch zahlreicher Touristen sind Clubs, Bars, Sport- und Veranstaltungsorte etwa im ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) am Bahnhof Warschauer Straße und am Spreeufer. Das „Berghain“ ist nur einer dieser Clubs, aber wohl einer der beliebtesten im weltweiten Maßstab. Gegen die Verdrängung der kleinen Etablissements in den städtebaulichen Brachen an der Spree durch das Investitionsvorhaben *Mediaspree* wurde 2008 ein Volksbegehren erfolgreich durchgeführt. Dieses sieht einen unbebauten und öffentlich zugänglichen Uferstreifen und den Verzicht auf den Bau von Hochhäusern am

Spreeufer vor. Unter dem Vorwand drohender hoher Entschädigungszahlungen an Investoren wird von der Politik das Ergebnis des Volksbegehrens immer wieder unterlaufen. Erst jüngst wurde ein Teilstück der East-Side-Gallery, des längsten noch erhaltenen Mauerabschnitts, in der Mühlenstraße heraus gebrochen, um das dahinterliegende Filetgrundstück an der Spree für den Investor zu erschließen. Glaubt man den Zahlen, ist die weltweit längste Open-Air-Galerie, der 1990 von internationalen Künstlern bemalte Mauerabschnitt an der Spreegrenze, mit jährlich 1,3 Millionen Besuchern eine der wichtigsten touristischen Attraktionen der Hauptstadt. Ob sie als Torso noch touristisch ausgebeutet werden kann, ist fraglich. Es ist schon zu viel verschwunden.

Das verschwundene und das kommende Friedrichshain

In der Folge des Zweiten Weltkriegs verschwanden Orte, die bis dahin den Bezirk prägten: 1947 wurden die beiden großen Kirchen Lazarus in der Grünberger Straße, der sogenannte „Dom von Friedrichshain“, und die Andreaskirche am Stralauer Platz abgerissen. Kritiker warfen den kommunalen Behörden vor, eine schleichende Enteignung zu betreiben, denn von Kriegsruinen beräumte Flächen fielen der Stadt zu. Eines der schönsten Sakralgebäude im Berliner Osten fiel 1957 mit der architektonisch bemerkenswerten Markuskirche an der Weberstraße, die nach Entwürfen August Stülers errichtet worden war. (Abb 10/10a: Markuskirche)

Bedingt durch Kriegszerstörungen, aber auch durch die Sicherung der Staatsgrenze nach Kreuzberg, wichen im Viertel südlich der Karl-Marx-Allee um den Ostbahnhof in den Jahren der DDR ganze Stadträume einer als soziale Aufwertung missverstandenen kompletten Neubebauung. Solche städtebaulichen Irrtümer beging man auch in den Städten des Westens. Der Andreasplatz mit seiner Grünanlage, Springbrunnen und monumentaler Sitzbank verschwand mit den nahegelegenen Andreashöfen und der Markthalle genauso wie der Stralauer Platz hinter dem Ostbahnhof mit der Andreaskirche oder der Küstriner Platz mit der Plaza. Ob sich hier jemals wieder ein urbanes Lebensgefühl etablieren kann, wird sowohl vom Problembewusstsein als auch von der Großzügigkeit zukünftiger stadtplanerischer Gestaltung, vor allem aber auch von privaten Investitionen abhängen. Verschwunden sind Rummelsburger Platz und Brommybrücke, neben der Oberbaumbrücke die einzige Verkehrsanbindung nach Kreuzberg. Sie soll als Fußgängerbrücke wieder errichtet werden. Reste ihrer Pfeiler ragen noch aus dem Spreewasser (Feustel 2001). Verschwunden sind die großen Festsäle, Orte sowohl proletarischer als auch bürgerlicher Festkultur, wie die Andreas-Festsäle und die Concordia-Säle in der Andreasstraße, oder der Saalbau Friedrichshain, der sich streng genommen schon in Prenzlauer Berg befand. Ob ihre Zeit jemals wieder kommt, und ob die O2-Arena diese Rolle übernehmen wird, ist fraglich.

Gibt es Orte mit Zukunft, die ein Potential haben, aber noch ihrer Entdeckung harren? Ja, es gibt sie: Der Bersarinplatz hätte mit einer passantenfreundlichen Gestaltung die Chance, sich zu einer Perle zu entwickeln, ebenso der benachbarte Petersburger Platz. Mit finanzkräftiger Unterstützung könnte das SEZ an der Landsberger Allee wieder zu neuem Leben erwachen, auch die Marchlewskistraße oder die Richard-Sorge-Straße haben das Potential angenehmer Orte, die man gern besucht. Nur eine Straße sollte so bleiben, wie sie ist: die Rigaer Straße. Die Mischung aus ehemaligen Hausbesetzern, Menschen mit kleinem Geldbeutel und besser verdienender Mittelschicht ist schon visuell, von den bunten, mit Grünzeug behangenen Fassaden bis hin zum mondänen Weiß der Luxusbauten etwas ganz Besonderes.

Zum Schluss: Gibt es *die* oder *den* Friedrichshainer?
Keiner ist gemeiner als der Friedrichshainer. Das ist ein Spruch, der zuweilen auf T-Shirts zu lesen ist. Gibt es eine typische Friedrichshainer Mentalität? Sind die Einwohner des Bezirks aktiver oder weniger aktiv, gebildeter oder ungebildeter, kulturell und politisch interessierter oder eben nicht interessierter als andere Berliner? Stimmt es, dass Friedrichshainer ungern die östliche Bezirksgrenze nach Lichtenberg überschreiten? Bildet die Landsberger Allee eine Grenze, die von Einwohnern aus dem Prenzlauer Berg nicht gern überschritten wird? Und ist analog dazu die Spree der Grenzfluss, den Kreuzberger höchst ungern überqueren? Sind eingeborene Friedrichshainer seltene Exemplare? Fragen Sie einmal Friedrichshainer, wie viele erwachsene Eingeborene sie kennen. Fragen Sie, ob sie überhaupt welche kennen. Sie werden staunen! Was ist mit den „normalen“ Menschen, die den ganzen „Kreativladen“ am Laufen halten, den namenlosen Angestellten, Straßenbahnfahrern, Handwerkern, Bauarbeitern, Reinigungs-, Service- und Verkaufskräften? Schauen Sie vorbei! Fragen Sie!